

Gestalterische Phantasie und umwerfende Ideen, verbunden mit technischer Konstruktivität, sind in allen Phasen des Architektur-Studiums gefragt. Wenn jedoch in den höheren Semestern der Übungsbeleg zur Praxisaufgabe wird, ergeben sich ganz neue und außerordentlich komplexe Anforderungen: Großzügige städtebauliche Leitlinien für einen weitgestreckten Zeithorizont sind für ausgewählte Städte zu entwickeln. Der Praxispartner aber bringt mit Nachdruck den Aspekt der Realisierungsfähigkeit ein und will schnelle Erfolge aus den Arbeiten ableiten.

Nur mit methodisch neuen Wegen in der Ausbildung und sehr effektiven Arbeitsweisen können die hochgesteckten und mitunter scheinbar divergierenden Ziele erreicht werden. Das zeigte sich gerade jetzt in den Abschlussverhandlungen der an der Sektion Architektur, Lehrstuhl Städtebau, Prof. Dr. sc. techn. H. Schwarzbach, bearbeiteten studentischen Entwürfe.

Fast 100 Architektur- und Landschaftsarchitektur-Studenten präsentierten am 22. Februar in Zeichensalen des Zeunerbaus ihre Ergebnisse. Viele Gäste und Fachkollegen waren dazu eingeladen. Gezeigt wurden Leit- und Bebauungspläne für die zentralen Bereiche von Dresden, Coswig, Schneeberg, Kirchberg, Tharandt sowie für einige Gemeinden in den Kreisen Liebenwerda und Löbau. Es war Verteidigung, Ausstellung und Generalprobe zugleich für die Vorstellung der Ergebnisse in der Praxis vor den Volksvertretern und Räten der Städte, wo die vorgelegten Lösungen und die Kooperationsfähigkeit der Studenten außerordentlich gewürdigt wurden.

Doch bis zu diesen Ergebnissen war ein mit Problemen und Schwierigkeiten gepflasterter Weg zurückzulegen, der manchen Studenten und wissenschaftlichen Betreuer vor ungewöhnliche Situa-

Engagiert und bürgernah für städtisches Bauen

Architekturstudenten leisten kommunalen Beitrag zur Wahlvorbereitung

tionen stellte, die in keinem Studiendokument programmiert sind. Ein wichtiges Glied im Bearbeitungsablauf war ein Entwurfsseminar vor Ort, wo im September 1988 der Auftakt in den jeweiligen Städten gegeben wurde. Hier machten sich die Studenten mit ihrer Aufgabe vertraut, beschafften alle notwendigen Informationen, analysierten die Ausgangssituation und setzten sich vor allem entsprechend der ihnen gestellten Leitplanungsthemen mit den zuständigen Fachbereichen der Räte der Städte, mit gesellschaftlichen Kräften und Bürgern zusammen und auseinan-

der. Am Ende dieser turbulenten Woche, zu der natürlich auch ein Glas Bier mit dem Bürgermeister gehörte, konnten schon erste Planungsideen mit Stadträten und gesellschaftlichen Kräften diskutiert und die präzierte Aufgabenstellung durch den Rat bestätigt werden.

War dieses gemeinsame Seminar im Vorjahr noch eine Art Pilotprojekt, ist es auf Grund seines überzeugenden Effektes jetzt bereits Bestandteil des Studienplanes der Sektion Architektur und trägt zur weiteren Individualisierung des Studiums bei. Der enge Kontakt zu den Städten und beteiligten Planungsinstitu-



Verteidigung von studentischen Arbeiten zur Planung von Tharandt.

tionen blieb während der halbjährigen Bearbeitungszeit in Form von Konsultationen, Zwischenverhandlungen und gezielten Beratungen erhalten. Der Stadtbauingenieur von Coswig zum Beispiel war ständiger Gast in den wöchentlichen Entwurfs-Lehrveranstaltungen, wo die Planung für Coswig auf den Zeichentischen lag. So wurde für die Studenten der Praxispartner zum Lehrer. Dabei war ein entscheidender Nebeneffekt entstanden: Dem Partner wird nicht eine Planung ins Haus geliefert, die er distanziert betrachtet und im Extremfall sogar „auf Eis legen“ kann. Plötzlich sieht der Rat in der Lösung ein gemeinsames Ergebnis. Die Stadträte identifizieren sich am Ende mit der Aufgabe und lassen sich auch gern von der jugendlichen Frische und dem schöpferischen Elan der Studentenkollektive und den Erfahrungen der Betreuer anstecken. Beide Seiten haben auch voneinander ein neues Bild gewonnen: Unmittelbar konfrontiert mit den Realitäten der Praxis werden unsere Studenten zurückhaltender mit oberflächlichen Wertungen, die Praxispartner lernen die Studenten als engagierte Kollegen und Mitstreiter kennen.

In den einzelnen Städten werden die praxiswirksamen Ergebnisse in Ausstellungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dann hat der Bürger das Wort, sofern er nicht schon während der Bearbeitung Gelegenheit hatte, den Studenten eigene Standpunkte darzulegen. Nur über eine ausreichende Information und Vorbildprojekte sind die Bürger zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen, die unter den Bedingungen des innerstädtischen Bauens dringend erforderlich ist.

Gerade unmittelbar vor den Kommunalwahlen am 7. Mai messen die Städte dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit eine große Bedeutung bei. Lebendig und bürgernah wird mit den Studentenarbeiten demonstriert, daß städtebauliches Engagement immer zugleich Kommunalpolitik ist.

Dr.-Ing. Bernhard Gräfe

Ergebnisse und Erfahrungen in der Wissenschaftskooperation

Gemeinsame Beratung der Sekretariate der Zentralvorstände der Gewerkschaft Wissenschaft und der IG Wismut

Erfahrungen und Ergebnisse in der Wissenschaftskooperation waren im Januar 1989 Gegenstand einer gemeinsamen Beratung der Sekretariate der Zentralvorstände der Gewerkschaft Wissenschaft und der IG Wismut. An dem Erfahrungsaustausch, der unter der Leitung von Prof. Rolf Rinke, Vorsitzender des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft, und Kollegen Dr. Gotthard

schaftswissenschaften, Prof. Martin Ruhnau, sowie weitere Wissenschaftler der Technischen Universität teil. Die Sekretariate der Zentralvorstände besuchten Wissenschaftsbereiche der Sektionen Informationstechnik und Fertigungstechnik/Werkzeugmaschinen.

Professor Rinke erläuterte die erreichten Ergebnisse im Zusammenwirken bei der Gewerkschaftsorganisationen, die be-

vorhaben macht es sich notwendig, in stärkerem Maße Ergebnisse der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung konstruktiv anzuwenden. Daraus ergibt sich der Anspruch an die Gesellschaftswissenschaftler, die Ergebnisse ihrer Vorlauforschung stärker noch als bisher praxisbezogen aufzubereiten.

Dr. Stark erörterte die Aufgaben und Ziele der IG Wismut und sicherte die gewerkschaftliche Unterstützung insbesondere dafür zu, daß das große Potential der Wissenschaft für ein meßbares, hohes ökonomisches Ergebnis im Industriezweig mobilisiert wird. Professor Groß stellte das Ausbildungs- und Forschungsprofil der Universität vor. Der Direktor des Wissenschaftlich-technischen Zentrums verwies auf enge Kontakte mit der TU Dresden; so auf dem Gebiet der Forschung zum Umweltschutz und zur Verfahrenstechnik sowie auf die gemeinsame Verantwortung für die Herausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Er unterbreitete Angebote für die Zusammenarbeit mit der TU Dresden. Dr. Klick berichtete über Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Leitungen der Praxispartner, um die Realisierung der Koordinierungs- und Leistungsverträge wirksam zu unterstützen.

Professor Menzner informierte über die Umsetzung guter Erfahrungen der Gewerkschaftsorganisation an der TU Dresden zur Arbeit mit den Vereinbarungen über die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit Betrieben und Kombinate im Bezirk Dresden und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Vorhaben zum 40. Jahrestag der DDR und zum XII. Parteitag der SED. Einen Überblick über die gesellschaftswissenschaftliche Forschung an der Universität gab Professor Ruhnau. Über spezifische und den Industriezweig Wismut besonders interessierende gesellschaftswissenschaftliche Forschungsaufgaben und Ausbildungsprogramme der Studenten informierten Professor Mielke, Sektionsdirektor der Sektion 22, und Professor Plechak, Sektion 04.

KV der Gewerkschaft Wissenschaft



Während der gemeinsamen Beratung: (v. l. n. r.) Prof. Rolf Rinke, Dr. Gotthard Stark, Dr. Jörn-Peter Klick und Prof. Werner Groß.

Stark, Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG Wismut, stand, nahmen der Vorsitzende des Bezirksvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft, Prof. Heinz Menzner, der Vorsitzende des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft an der TU Dresden, Dr.-Ing. Jörn-Peter Klick, der Prorektor für Naturwissenschaften und Technische Wissenschaften, Prof. Werner Groß, der Prorektor für Ge-

währten Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion weiter auszugestalten. Er orientierte insbesondere darauf, neben den guten Ergebnissen in der Forschungskooperation die Zusammenarbeit auf den Gebieten Erziehung, Aus- und Weiterbildung weiter auszubauen und diese stärker in die gemeinsame Wettbewerbsführung einzubeziehen. Bei der Realisierung von Automatisierungs-

Unser Bestes zum 40. Republikgeburtstag

Angehörige der Kampfgruppe an der TU mit hohen Ausbildungszielen für 1989

Zum Tag der Gefechtsbereitschaft am 25. Januar 1989 beschlossen die Kämpfer des 1. Zuges unserer Kampfgruppenhunderttschaft ihr Wettbewerbsprogramm für das Ausbildungsjahr 1989. Darin verpflichten wir uns, den Wettstreit innerhalb der Hundertschaft mit hoher Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft zu führen. Politische Höhepunkte wie die Kommunalwahlen, der 40. Jahrestag der DDR und die Vorbereitungsphase auf den XII. Parteitag der SED sind uns Anlaß, den Kampfgruppendienst zu intensivieren, die Aufgaben des Kollektivs und jedes einzelnen noch präziser herauszuarbeiten, unsere Dienstvorbereitung zu qualifizieren und den Leistungswillen jedes Genossen zu stärken.

Die Wettbewerbsinitiativen sind darauf gerichtet, höhere individuelle Ergebnisse in einem festgefügteten Kampfkollektiv zu erreichen. Unter der Losung „Das Beste zum 40. Jahrestag – Vorbild am Arbeitsplatz, im Wohngebiet und in der Ausbildung“ verpflichten wir uns, das Ausbildungsprogramm 1989 mit guten und sehr guten Resultaten abzuschließen.

Schwerpunkte unserer Tätigkeit sind u. a.:

- Kampf um gute und sehr gute Leistungen in der Schießausbildung, das bedeutet, die Ergebnisse von 1988 unter den schwierigeren Bedingungen des Ausbildungsjahres 1989 zu sichern und für etwa 30 % der Genossen eine Grundlage für den Erwerb des Schießabzeichens zu legen.

- Alle Genossen, die sich bisher durch sehr gute und gute Schießergebnisse und durch einen hohen Stand in der Ausbildung und ihrer Einsatzbereitschaft auszeichneten, nehmen an der Bestenbewegung teil.

- Die 1. und 2. Gruppe kämpft um den Titel „Beste Gruppe“.

- 60 % aller Genossen erfüllen die Schutznormen mit „sehr gut“.

- Die taktische Ausbildung wird vom Zug mit guten Ergebnissen abgeschlossen.

- Der Zug verpflichtet sich zu 70 VMI-Stunden bei der Ausgestaltung unseres Stützpunktes.

- Militärpolitische Schulungen auf hohem Niveau; wir werden dabei neue Formen und Methoden nutzen und diese im „Kämpfer“ publizieren.

- Wir unterstützen den Kampf der Hundertschaft um den Ehrennamen „Arno Hering“ auch durch stabile Patenschaftsbeziehungen mit der 49. POS Dresden.

H. Bärdek/G. Hennig

Wählerforen

Mittwoch, 5. April, 15 Uhr
Großer Hörsaal Anorganische Chemie
Fritz-Foerster-Bau, Mommsenstraße
Forum mit Prof. Dr. Helmar Hegewald (Sektion 02), Abgeordneter des Bezirkstages Dresden

Mittwoch, 5. April, 18 Uhr
FDJ-Studentenklub „Molle“,
Leningrader Straße 25
Forum mit Doz. Dr. Hämming (Sektion 01)

Donnerstag, 6. April, 16 Uhr
Otto-Böschwitz-Saal, Dülferstraße
Forum mit André Lang, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Dienstag, 11. April, 19.30 Uhr
FDJ-Studentenklub Neue Mensa,
Bergstraße 47
Forum mit Dr. Edith Franke, Sekretär für Agitprop der SED-Kreisleitung TU

Mittwoch, 12. April, 16 Uhr
Andreas-Schubert-Bau, R. 120
Forum mit Andreas Mauksch, Vorsitzender der Bezirksplankommission

Mittwoch, 12. April, 16.30 Uhr
Mensa Mommsenstraße, Westflügel
Forum mit Dipl.-Ing.-Ök. Kurt Stummer, Direktor für Ökonomie der TU, Stadtverordneter

Mittwoch, 12. April, 17 Uhr
Georg-Schumann-Bau, A 1
Forum mit Dr. Marr, Stadtbauingenieur

Donnerstag, 13. April, 18 Uhr
FDJ-Studentenklub „Wu 5“
Forum mit Hanni Bochow zur Geschichte unserer Republik

Das Internationale Studentenkomitee der TU lädt alle Interessierten zu einem Forum mit Prof. Dr. sc. Rolf Sieber, Präsident der Nationalen Freundschaftsgesellschaft DDR-USA, ein, der als erster Botschafter der DDR in den USA tätig war. Er spricht am Mittwoch, dem 29. März, im ISK-Klub Budapeststraße 24 (Beginn 17 Uhr) zum Thema „Aktuelle Probleme der Entwicklung in den USA“.

Zu aktuellen Fragen

der weiteren Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sprach kürzlich Genosse Prof. Dr. Otto Reinhold auf einem Forum im ZFW Dresden der AdW, an dem auch Genossen des Informatikzentrums im Rahmen ihres Parteijahres teilnahmen. Ganz im Sinne des Wahlauftrags zu den Kommunalwahlen unterstrich der Gast, daß es nur auf dem mit unserer ökonomischen Strategie gewissen Weg umfassender Intensivierung, nur durch hohe Leistungen in Wissenschaft und Technik und ihre enge Verbindung mit der Produktivität möglich ist, die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern. Ausschließlich aus dieser Quelle kann Zuwachs zum Nationalinkommen fließen als die Grundlage zielstrebigere Portführung unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, an der wir konsequent festhalten.

Mit guter Bilanz zu den Kommunalwahlen: Modernste Rechentechnik an der TU



Im Zeitraum der zurückliegenden Wahlperiode erfolgte eine weitere großzügige Ausstattung der TU Dresden mit hochleistungsfähiger Rechentechnik. So wurde dem Informatikzentrum am 13. 1. 1988 einer der ersten vom Kombinat Robotron produzierten 32-Bit-Rechner K 1840 (unser Bild) übergeben. Seitdem

hat er sich in Lehre und Forschung hervorragend bewährt; unter anderem wurde und wird er in den Lehrveranstaltungen Rechnersysteme bzw. Programmiersprachen und Softwaretechnologie genutzt sowie in zahlreichen Weiterbildungslehrgängen eingesetzt. Foto: Hojer

Was ist neu bei den Wahlen?

Im Parteiprogramm der SED heißt es: „Die Haupttrichtung, in der sich die sozialistische Staatsmacht entwickelt, ist die weitere Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Die in vielfältigen Formen erfolgende Mitwirkung der Bürger an der Leitung des Staates und der Wirtschaft wird immer mehr zum bestimmenden Merkmal des Lebens im Sozialismus“. Sozialistische Demokratie und Rechtssicherheit sind im sozialistischen deutschen Rechtsstaat DDR nicht voneinander zu trennen. Die Grundwerte unseres Staates, wie die Volksmacht, umfassende Mitgestaltung, Freiheit, Humanismus, Gerechtigkeit, Gesetzlichkeit und Rechtssicherheit, bestimmen wesentlich die Qualität des Lebens.

Unter den politischen Grundrechten, die auf dem Grundrecht umfassender Mitgestaltung aufbauen, nimmt das Wahlrecht der Bürger einen wichtigen Platz ein. Nach Artikel 22 der Verfassung der DDR besitzt jeder Bürger, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, das Recht, an den Wahlen teilzunehmen und gewählt zu werden.

Auf der Grundlage des Artikels 28 der Verfassung werden in der DDR die grundsätzlichen Vorschriften durch das Wahlgesetz vom 24. Juni 1976 (GBl. I 1976 Nr. 22, Seite 341) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 28. Juni 1979 (GBl. I 1979 Nr. 1, Seite 139) geregelt. Wurde mit diesem Wahlgesetz gegenüber dem früheren Wahlgesetz von 1963 vor allem rechtlich festgelegt, daß die Kandidaten von ihren Arbeitskollektiven geprüft und vorgeschlagen werden, da diese sie am besten kennen und beurteilen können, gibt es zu den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 einige Veränderungen, die der Vervollkommnung des Wahlsystems, dem Ausbau der Bürgerrechte und damit der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie dienen.

Auf Vorschlag des Politbüros des ZK der SED beschloß der Demokratische Block der Parteien und Massenorganisationen:

• Erweitert wurde das Recht, Kandidatenvorschläge zu unterbreiten. Wie bisher nominieren die im Demokratischen Block vereinten Parteien (SED, DBD, CDU, LDPD, NDDP) und Massenorganisationen (FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund DDR, VdGB und örtlich auch die Konsumgenossenschaften) die Kandidaten. Erweitert wurde dies dadurch, daß auch andere in der Nationalen Front vereinte Kräfte (URANIA, KDT, DRK, DTSB, VKSK u. a.) sowie die Ausschüsse der Nationalen Front selbst das Recht erhielten, den Mandatsträgern Kandidatenvorschläge aus ihren Reihen zu unterbreiten.

• Das Mitspracherecht der Bürger beim Zustandekommen der Wahlvorschläge wurde erweitert, um eine noch wirksamere Einflußnahme der Öffentlichkeit auf die Auswahl und Prüfung der Kandidaten zu gewährleisten. In Ergänzung der bewährten Form der im Wahlgesetz vorgesehenen Prüfung der Kandidaten in ihren Arbeitskollektiven, müssen sich die künftigen Volkvertreter vor ihrer Nominierung dem kritischen Urteil der Orts- bzw. Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front stellen. Diese ha-

ben die Möglichkeit, in dem für die Vorstellung der Kandidaten vorgesehenen und bei den diesjährigen Kommunalwahlen ausgedehnten Zeitraum zu den Kandidaten für ihren Wahlkreis Stellung zu nehmen. Das heißt, daß sie diesen Vorschlägen zustimmen, Bedenken geltend oder auch selbst Vorschläge für andere Kandidaten machen und diese beim Kreis- bzw. Ortsausschuss der Nationalen Front vorbringen können.

• Es entspricht den Grundsätzen unserer sozialistischen Demokratie, daß die gesamte Wahlvorbereitung öffentlich, durch aktives Mitentscheiden der Bürger, erfolgt. Neu ist, daß in allen Wahlkreisen die Bürger von den Ausschüssen der Nationalen Front zur öffentlichen Beratung über die Kandidaten eingeladen werden. Hier stellen sich die Kandidaten bereits vor der Beschlußfassung über den Wahlvorschlag durch die Ausschüsse der Nationalen Front vor. In diesen Beratungen wird über die Kandidaten beraten und letztlich über den Wahlvorschlag für den Wahlkreis abgestimmt. Die Ergebnisse der Wahlkreisberatungen bilden die Grundlage für die bisher schon übliche öffentliche Beratung und Erörterung des Gesamtwahlvorschlages für die jeweilige Volksvertretung auf Tagungen der betreffenden Kreis- bzw. Ortsausschüsse der Nationalen Front.

• Um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Kandidaten zu kennen und noch besser über sie zu befinden, soll die Anzahl der Mandate je Wahlkreis 8 bis 10 nicht übersteigen. Das bedeutet, daß die Wahlkreise verkleinert, ihre Anzahl wesentlich und auch die Anzahl der Abgeordneten erhöht wird. Die Volksvertretungen legen die Einteilung ihres Territoriums in Wahlkreise unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl fest. Sie beschließen über die am 7. Mai 1989 zu wählenden Abgeordneten sowohl insgesamt als auch in den einzelnen Wahlkreisen. Das entspricht dem Wahlgesetz vom 24. Juni 1976 §§ 7 und 8.

Im § 16 des Wahlgesetzes ist festgelegt, daß „in jedem Wahlkreis mehr Kandidaten aufgestellt werden können, als Abgeordnetenmandate zu besetzen sind“. Auch 1989 werden es rund ein Drittel mehr sein. Die Regelung im § 9 des Wahlgesetzes bestimmt: „Erhält eine größere Zahl der Kandidaten mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen als Mandate im jeweiligen Wahlkreis vorhanden sind, entscheidet die Reihenfolge der Kandidaten auf dem Wahlvorschlag über die Besetzung der Abgeordnetenmandate und über die Nachfolgekandidaten“. Die Nachfolgekandidaten nehmen nach der Wahl aktiv an der Tätigkeit der Volkvertreter, insbesondere in den ständigen Kommissionen, teil. Mit Ausnahme des Stimmrechts haben sie in den Tagungen gleiche Rechte und Pflichten.

Sozialistische Demokratie ist tätige Demokratie. Sie erschöpft sich daher nicht in der Teilnahme an Wahlen. Sie beruht auf dem gemeinsamen Handeln aller zum Wohle aller. Verwirklicht wird sie in allen Bereichen des täglichen Lebens, am Arbeitsplatz, im Wohngebiet, durch die Mitwirkung in Parteien und Massenorganisationen.

BRD-Landesministerin zu Gast an der TU Dresden

Die Ministerin für Wissenschaft und Forschung in der Regierung des BRD-Landes Nordrhein-Westfalen, Anke Brunn, stattete am 11. März 1989 der Technischen Universität einen Besuch ab. Rektor Prof. Dr. Hans-Jürgen Jacobs berichtete seinem Gast über die Verwirklichung einer im März vergangenen Jahres abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung zwischen der TU Dresden und der rheinisch-westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Die Zusammenarbeit beider Seiten habe in erfreulich kurzer Frist konkrete Gestalt angenommen.

Herausgeber der „Universitätszeitung“: SED-Kreisleitung der Technischen Universität. Redaktion: Helmholtzstr. 6, Dresden, 8027, Ruf: Einwahl-Nr. 463, HA 51 91 und 28 52. Verantwortlicher Redakteur: Bernd Hojer; Redakteur: Eva Wricke; Redaktionssekretärin: Brigitte Müller. Veröffentlicht unter Lizenz 52 beim Rat des Bezirkes; Satz und Druck: III/9/286 Grafischer Großbetrieb Völkerfreundschaft Dresden. BT Julian-Grimm-Allee. Die Redaktion wurde mit dem Preis der Technischen Universität Dresden, der Ehrennadel in Gold der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und der Medaille der Freien Deutschen Jugend „Für hervorragende propagandistische Leistungen“ ausgezeichnet.